



GEMEINDE **FLAACH**

Gemeindeordnung

vom 24. Februar 2008

Inkraftsetzung: 21. Mai 2008



Gemeindeordnung: Inhaltsverzeichnis

Präambel	4
<i>I. Einleitung</i>	5
Art. 1 Gemeindeordnung	5
Art. 2 Gemeindeart	5
<i>II. Die Stimmberechtigten</i>	5
1. Politische Rechte	5
Art. 3 Stimm- und Wahlrecht, Wählbarkeit	5
2. Urnenwahlen und –abstimmungen	5
Art. 4 Verfahren	5
Art. 5 Urnenwahlen	6
Art. 6 Erneuerungswahlen	6
Art. 7 Ersatzwahlen	6
Art. 8 Obligatorische Urnenabstimmung	6
Art. 9 Nachträgliche Urnenabstimmung	6
3. Gemeindeversammlung	6
Art. 10 Einberufung und Verfahren	6
Art. 11 Wahlbefugnisse	7
Art. 12 Rechtsetzungsbefugnisse	7
Art. 13 Planungsbefugnisse	7
Art. 14 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse	7
Art. 15 Finanzbefugnisse	8
<i>III. Gemeindebehörden</i>	8
1. Allgemeine Bestimmungen	8
Art. 16 Geschäftsführung	8
Art. 17 Beratende Kommissionen und Sachverständige	8
Art. 18 Delegation an einzelne Mitglieder oder an Ausschüsse	9
Art. 19 Konferenz	9

2. Gemeinderat	9
Art. 20 Zusammensetzung	9
Art. 21 Konstituierungs-, Wahl- und Anstellungsbefugnisse	9
Art. 22 Rechtsetzungsbefugnisse	10
Art. 23 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse	10
Art. 24 Finanzielle Befugnisse	10
Art. 25 Bildung von Verwaltungsabteilungen	11
IV. Weitere Organe und Beamten	12
1. Rechnungsprüfungskommission	12
Art. 26 Zusammensetzung und Wahl	12
Art. 27 Befugnisse	12
Art. 28 Referentinnen bzw. Referenten, Aktenbeizug	12
Art. 29 Fristen	12
2. Wahlbüro	12
Art. 30 Zusammensetzung und Wahl	12
Art. 31 Aufgaben	13
3. Gemeindeammann und Betriebsbeamter	13
Art. 32 Aufgaben und Ernennung	13
4. Friedensrichterin bzw. Friedensrichter	13
Art. 33 Aufgaben und Wahl	13
V. Übergangs- und Schlussbestimmungen	13
Art. 34 Inkrafttreten	13
Art. 35 Aufhebung früherer Erlasse	13
Art. 36 Aufhebung Fürsorgebehörde	14
VI. Anmerkung	14
VII. Anhang	15

Präambel

Auf der Grundlage der von der kantonalen und der schweizerischen Verfassung gewährten Gemeindeautonomie erlässt die Gemeinde Flaach nachstehende Gemeindeordnung. Diese hält fest, in welchem Rahmen die Gemeinde Flaach die ihr übertragenen öffentlichen Aufgaben selbstverantwortlich und in sparsamem Umgang mit den ihr anvertrauten Mitteln regelt. Alles öffentliche Wirken orientiert sich am Ziel, in der Gemeinde Flaach Lebensgrundlagen zu schaffen, in denen sich Gemeinschaft und Verantwortlichkeit gegenüber den Mitbewohnern entfalten kann.

I. Einleitung

Art. 1

Gemeindeordnung

Die Gemeindeordnung regelt den Bestand und die Organisation der Politischen Gemeinde und bestimmt die Befugnisse ihrer Organe.

Art. 2

Gemeindeart

Flaach bildet eine Politische Gemeinde.

II. Die Stimmberechtigten

1. Politische Rechte

Art. 3

Stimm- und Wahlrecht, Wählbarkeit

Die Wählbarkeit sowie das Recht, an Wahlen und Abstimmungen der Gemeinde teilzunehmen und Wahlvorschläge einzureichen, richten sich nach der Kantonsverfassung, dem Gemeindegesetz und dem Gesetz über die politischen Rechte.

Für die Wahl in Organe der Gemeinde ist der politische Wohnsitz in der Gemeinde erforderlich. Davon ausgenommen sind der Gemeindeammann und der Betriebsbeamte, die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter, die mit politischem Wohnsitz im Kanton wählbar sind.

Das Initiativ- und Anfragerecht richtet sich nach dem Gemeindegesetz.

Die Stimmberechtigten üben ihre Rechte in der Gemeindeversammlung und an der Urne aus.

2. Urnenwahlen und -abstimmungen

Art. 4

Verfahren

Der Gemeinderat ist wahlleitende Behörde. Er setzt die Wahl- und Abstimmungstage fest.

Das Verfahren richtet sich nach dem Gemeindegesetz und dem Gesetz über die politischen Rechte.

Die Durchführung der Urnenwahlen und -abstimmungen ist Sache des Wahlbüros.

Art. 5 Urnenwahlen

Durch die Urne werden auf die gesetzliche Amtsdauer gewählt:

1. die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder des Gemeinderats,
2. die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission,
3. die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter,
4. der Gemeindeammann und der Betriebsbeamte.

Art. 6 Erneuerungswahlen

Die Erneuerungswahlen der an der Urne gemäss Art. 5 Gemeindeordnung zu wählenden Gemeindeorgane werden mit leeren Wahlzetteln durchgeführt.

Art. 7 Ersatzwahlen

Für die Ersatzwahlen der an der Urne gemäss Art. 5 Gemeindeordnung zu wählenden Gemeindeorgane gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte über die stille Wahl. Sind die Voraussetzungen für die stille Wahl nicht erfüllt, werden leere Wahlzettel verwendet.

Art. 8 Obligatorische Urnenabstimmung

Der Urnenabstimmung sind zu unterbreiten:

1. der Erlass und die Änderung der Gemeindeordnung,
2. die Beschlüsse über neue im Voranschlag enthaltene einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 2'000'000 und von mehr als Fr. 200'000 für jährlich wiederkehrende Ausgaben,
3. die Bewilligung von Zusatzkrediten und neuen im Voranschlag nicht enthaltenen einmaligen Ausgaben von mehr als Fr. 1'000'000 und von mehr als Fr. 200'000 von jährlich wiederkehrenden Ausgaben.

Art. 9 Nachträgliche Urnenabstimmung

In der Gemeindeversammlung kann ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten verlangen, dass über einen Beschluss nachträglich an der Urne abgestimmt wird.

Ausgenommen sind Geschäfte, die durch das übergeordnete Recht von der Urnenabstimmung ausgeschlossen sind.

3. Gemeindeversammlung

Art. 10 Einberufung und Verfahren

Für die Einberufung, die Aktenaufgabe und die Geschäftsbehandlung gelten die Vorschriften des Gemeindegesetzes.

Art. 11

Wahlbefugnisse

Die Gemeindeversammlung wählt offen:

1. die kantonalen Geschworenen.

Art. 12

Rechtsetzungsbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für den Erlass und die Änderung:

1. der Personalverordnung,
2. der Polizeiverordnung,
3. der Grundsätze der Gebührenerhebung,
4. von weiteren Verordnungen und Reglementen von grundlegender Bedeutung.

Art. 13

Planungsbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für die Festsetzung und die Änderung:

1. des kommunalen Richtplans,
2. der Bau- und Zonenordnung,
3. des Erschliessungsplans,
4. von Sonderbauvorschriften und Gestaltungsplänen.

Art. 14

Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:

1. die Oberaufsicht über die gesamte Gemeindeverwaltung,
2. die Behandlung von Anfragen und Initiativen, letztere unter Vorbehalt der Abstimmung an der Urne gemäss Art. 8 Gemeindeordnung,
3. die Genehmigung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen mit anderen Gemeinden über die gemeinsame Durchführung von Aufgaben und deren Änderung, sofern damit die Übertragung von hoheitlichen Befugnissen verbunden ist; in den übrigen Fällen ist die Gemeindeversammlung zuständig, wenn die Verträge neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 100'000 oder neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als Fr. 50'000 zur Folge haben,
4. die Beschlussfassung über den Beitritt zu Zweckverbänden, die Zustimmung zu Zweckverbandsstatuten und deren Änderungen,
5. die Übernahme neuer Aufgaben und die Bestimmung der zuständigen Organe,
6. die Schaffung von Stellen in der Gemeindeverwaltung ab einer von der Gemeindeversammlung in der Personalverordnung zu bestimmenden Besoldungsklasse,
7. die Beschlussfassung über Änderungen der Gemeindegrenze, sofern dadurch bewohntes Gebiet betroffen wird,

8. die Unterstützung des Gemeindereferendums,
9. die Erteilung des Gemeindebürgerrechts, soweit keine Pflicht zur Aufnahme besteht.

Art. 15

Finanzbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:

1. die Festsetzung des jährlichen Voranschlags,
2. die Festsetzung des Gemeindesteuerfusses,
3. die Beschlüsse über neue im Voranschlag enthaltene einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 100'000 und von mehr als Fr. 50'000 für jährlich wiederkehrende Ausgaben, soweit sie nicht der Urnenabstimmung zu unterbreiten sind,
4. die Bewilligung von Zusatzkrediten und neuen im Voranschlag nicht enthaltenen einmaligen Ausgaben von mehr als 100'000 und von mehr als Fr. 50'000 von jährlich wiederkehrenden Ausgaben, soweit sie nicht der Urnenabstimmung zu unterbreiten sind,
5. die Abnahme der Jahresrechnungen,
6. die Genehmigung von Bauabrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten an der Urne oder an der Gemeindeversammlung beschlossen worden sind,
7. den Erwerb von Grundeigentum und dinglichen Rechten von mehr als Fr. 100'000,
8. die Veräusserung von Grundeigentum und die Belastung von Grundstücken mit dinglichen Rechten von mehr als Fr. 100'000,
9. die finanziellen Beteiligungen an nicht börsenkotierten Unternehmen und die Gewährung von Darlehen im Betrag von mehr als Fr. 50'000,
10. die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten von mehr als Fr. 1'000'000,
11. die Eingehung von Eventualverpflichtungen von mehr als Fr. 50'000,
12. die Vorfinanzierung von Investitionen.

III. Gemeindebehörden

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 16

Geschäftsführung

Die Geschäftsbehandlung der Gemeindebehörden richtet sich nach dem Gemeindegesetz und der von der betreffenden Behörde erlassenen Geschäftsordnung.

Art. 17

Beratende Kommissionen und Sachverständige

Die Behörden können jederzeit für die Vorberatung und die Begutachtung einzelner Geschäfte Sachverständige beziehen oder beratende Kommissionen in freier Wahl bilden.

Art. 18

Delegation an einzelne Mitglieder oder an Ausschüsse

Die Behörden können jederzeit beschliessen, welche Geschäfte oder Geschäftsbereiche durch die einzelnen Mitglieder oder durch Ausschüsse von Mitgliedern in eigener Verantwortung erledigt werden können, und sie legen deren Finanzkompetenzen fest.

Die Überprüfung von Anordnungen dieser Organe kann innert 30 Tagen seit der Mitteilung schriftlich, mit Antrag und Begründung versehen, bei der entsprechenden Gesamtbehörde verlangt werden, sofern nicht ein anderes Verfahren vorgeschrieben ist.

Art. 19

Behördenkonferenz

Bei Bedarf wird zur Beratung von Fragen, die für mehrere Gemeindebehörden von grundsätzlicher Bedeutung sind, vom Gemeinderat auf Verlangen einer Behörde eine Konferenz einberufen.

2. Gemeinderat

Art. 20

Zusammensetzung

Der Gemeinderat besteht mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus 5 Mitgliedern.

Art. 21

Konstituierungs-, Wahl- und Anstellungsbefugnisse

Der Gemeinderat

1. bestimmt auf die gesetzliche Amtsdauer aus seiner Mitte:
 - a) die Vizepräsidentin bzw. den Vizepräsidenten,
 - b) die Abteilungsvorsteherinnen bzw. -vorsteher und deren Stellvertretungen,
 - c) die Präsidentinnen bzw. die Präsidenten und die Mitglieder der Ausschüsse des Gemeinderats,
 - d) die Vertretungen des Gemeinderats in anderen Organen.
2. bestimmt oder wählt in freier Wahl:
 - a) die Vorsitzenden und die Mitglieder der beratenden Kommissionen des Gemeinderats,
 - b) die Vertretungen der Gemeinde in Zweckverbänden und in privaten Institutionen, soweit nicht ein anderes Organ zuständig ist,
 - c) die Mitglieder des Wahlbüros,
3. ernennt oder stellt an:
 - a) die Gemeindeschreiberin bzw. den Gemeindeschreiber,
 - b) das übrige Gemeindepersonal, soweit nicht einem anderen Organ übertragen,
 - c) die Organe der Feuerpolizei, der Feuerwehr, des Zivilschutzes, soweit die Gemeinde dafür zuständig ist.

Art. 22

Rechtsetzungsbefugnisse

Der Gemeinderat ist zuständig für den Erlass und die Änderung:

1. seiner Geschäftsordnung sowie jener für die ihm unterstellten Verwaltungsabteilungen, Ausschüsse und beratenden Kommissionen,
2. von Reglementen, Pflichtenheften und Dienstanweisungen für die ihm unterstellten Organe,
3. von weiteren Verordnungen und Reglementen, die nicht in die Kompetenz der Gemeindeversammlung oder einer anderen Gemeindebehörde fallen.

Art. 23

Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Dem Gemeinderat stehen zu:

1. der Vollzug der ihm durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden des Bundes, des Kantons und des Bezirks übertragenen Aufgaben,
2. die Vorberatung der Geschäfte der Gemeindeversammlung und der Urnenabstimmung und die Antragstellung hiezu,
3. der Vollzug der Gemeindebeschlüsse, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind,
4. die Besorgung der Aufgaben der Gesundheitsbehörde,
5. die Besorgung der Aufgaben der Fürsorgebehörde,
6. die Besorgung der Aufgaben der Vormundschaftsbehörde,
7. die Besorgung sämtlicher Gemeindeangelegenheiten, insbesondere des gesamten Gemeindehaushalts, soweit dafür nicht ein anderes Organ oder die Gemeindeversammlung zuständig ist oder die Beschlussfassung durch die Urne erfolgt,
8. die Vertretung der Gemeinde nach aussen und die Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften,
9. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung,
10. die Schaffung von Stellen der Gemeindeverwaltung, soweit nicht die Gemeindeversammlung zuständig ist,
11. die Festsetzung der Mitgliederzahl des Wahlbüros,
12. die Änderung der Gemeindegrenze, sofern es sich um unbewohntes Gebiet handelt,
13. die Bestimmung des amtlichen Publikationsorgans,
14. die Erteilung des Gemeindebürgerrechts, soweit eine Pflicht zur Aufnahme besteht,
15. die Genehmigung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen mit anderen Gemeinden über die gemeinsame Durchführung von Aufgaben und deren Änderungen, soweit nicht die Gemeindeversammlung zuständig ist.

Art. 24

Finanzielle Befugnisse

Der Gemeinderat ist zuständig für:

1. den Ausgabenvollzug,
2. gebundene Ausgaben,
3. die Beschlüsse über neue im Voranschlag enthaltene einmalige Ausgaben bis Fr. 100'000 für einen bestimmten Zweck und jährlich wiederkehrende Ausgaben bis Fr. 50'000 für einen bestimmten Zweck,

4. die Beschlüsse über Zusatzkredite und neue im Voranschlag nicht enthaltene einmalige Ausgaben bis Fr. 100'000 für einen bestimmten Zweck, höchstens bis Fr. 200'000 im Jahr und jährlich wiederkehrende Ausgaben bis Fr. 50'000 für einen bestimmten Zweck, höchstens bis Fr. 100'000 im Jahr,
5. den Erwerb von Grundeigentum und dinglichen Rechten bis Fr. 100'000,
6. die Veräusserung von Grundeigentum und die Belastung von Grundstücken mit dinglichen Rechten bis Fr. 100'000,
7. die finanziellen Beteiligungen an nicht börsenkotierten Unternehmen und die Gewährung von Darlehen bis Fr. 50'000,
8. die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten bis Fr. 1'000'000,
9. die Eingehung von Eventualverpflichtungen bis Fr. 50'000.

Art. 25

Bildung von Verwaltungsabteilungen

Die Verwaltung gliedert sich in folgende Abteilungen:

1. Präsidiales
2. Finanzen
3. Hochbau
4. Tiefbau und Kanalisation
5. Sicherheit
6. Gesundheit
7. Fürsorge
8. Vormundschaft
9. Liegenschaften
10. Landwirtschaft
11. Werke und Energie
12. Forstwirtschaft
13. Umwelt
14. Kultur
15. Sport und Freizeit

Zu Beginn jeder Amtsdauer teilt der Gemeinderat jedem Mitglied die Leitung einer oder mehrerer Verwaltungsabteilungen zu. Jedes Mitglied ist zur Übernahme der entsprechenden Verwaltungsabteilungen verpflichtet.

Der Gemeinderat ist berechtigt, die Verwaltungsabteilungen zusammenzulegen, Aufgaben umzuverteilen und neue Aufgaben bestehenden Verwaltungsabteilungen zuzuteilen.

Im Falle der Ersatzwahl eines Mitglieds beschliesst der Gemeinderat, ob das neue Mitglied in die Stellung der Amtsvorgängerin bzw. des Amtsvorgängers eintritt oder ob eine Neuverteilung der Aufgaben erfolgt.

IV. Weitere Organe und Beamtungen

1. Rechnungsprüfungskommission

Art. 26

Zusammensetzung und Wahl

Die Rechnungsprüfungskommission besteht mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus 5 Mitgliedern. Die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder werden an der Urne gewählt. Im Übrigen konstituiert sie sich selbst.

Art. 27

Befugnisse

Die Rechnungsprüfungskommission prüft alle Anträge an die Gemeindeversammlung und an die Urne von finanzieller Tragweite, insbesondere Voranschlag, Jahresrechnung und Ausgabenbeschlüsse. Sie erstattet dazu Bericht.

Art. 28

Referentinnen bzw. Referenten, Aktenbeizug

Die Rechnungsprüfungskommission kann zur Behandlung der ihr überwiesenen Anträge von den antragstellenden Behörden Referentinnen bzw. Referenten beiziehen. Im Falle von ablehnenden Stellungnahmen oder Änderungsanträgen der Rechnungsprüfungskommission, sollen die Referentinnen und Referenten der antragstellenden Behörden angehört werden.

Mit den Anträgen sind der Rechnungsprüfungskommission die zugehörigen Akten einzureichen.

Art. 29

Fristen

Die Rechnungsprüfungskommission behandelt die ihr unterbreiteten Geschäfte in der Regel innert 30 Tagen. Für die Behandlung von Voranschlag und Jahresrechnung gelten die Fristen der Verordnung über den Gemeindehaushalt.

Die Rechnungsprüfungskommission lässt ihren Bericht und Antrag spätestens 15 Tage vor der Gemeindeversammlung oder, bei Abstimmungen an der Urne, spätestens 40 Tage vor dem Abstimmungstag der antragstellenden Behörde und der Gemeinderatskanzlei zugehen.

2. Wahlbüro

Art. 30

Zusammensetzung und Wahl

Das Wahlbüro besteht mit Einschluss der Gemeindepräsidentin bzw. des Gemeindepräsidenten als Vorsitzende bzw. Vorsitzender aus einer vom Gemeinderat zu bestimmenden Zahl von Mitgliedern.

Die Mitglieder werden vom Gemeinderat gewählt.

Die Gemeindeschreiberin bzw. der Gemeindeschreiber führt das Sekretariat.

Art. 31
Aufgaben

Das Wahlbüro besorgt die ihm durch das Gesetz über die politischen Rechte zugewiesenen Aufgaben.

3. Gemeindeammann und Betriebsbeamter

Art. 32
Aufgaben und Ernennung

Der Gemeindeammann ist zugleich Betriebsbeamter und besorgt die ihm gemäss eidgenössischer und kantonaler Gesetzgebung zukommenden Aufgaben.

Die Wahl erfolgt an der Urne. Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach der Personalverordnung der Gemeinde.

Das Amtlokal wird vom Gemeinderat bestimmt.

4. Friedensrichterin bzw. Friedensrichter

Art. 33
Aufgaben und Wahl

Die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter besorgt die in der kantonalen Gesetzgebung festgelegten Aufgaben.

Die Wahl erfolgt an der Urne. Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach der Personalverordnung der Gemeinde.

Das Amtlokal wird vom Gemeinderat bestimmt.

V. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 34
Inkrafttreten

Diese Gemeindeordnung tritt nach ihrer Annahme durch die Stimmberechtigten in der Urnenabstimmung und nach der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

Art. 35
Aufhebung früherer Erlasse

Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gemeindeordnung wird die Gemeindeordnung vom 2. Februar 1999 mit den seitherigen Änderungen aufgehoben.

Art. 36

Aufhebung Fürsorgebehörde

Die Fürsorgebehörde gemäss Gemeindeordnung vom 23. Juni 1999 wird mit Inkraftsetzung dieser Gemeindeordnung aufgehoben.

VI. Anmerkung

Die vorstehende Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Flaach wurde in der Urnenabstimmung vom 24. Februar 2008 angenommen.

Gemeinderat Flaach

Peter Brandenberger
Präsident

Marianne Stäheli
Schreiberin

Vom Regierungsrat des Kantons Zürich am 21. Mai 2008 genehmigt.

VII. Anhang

Übersicht Finanzkompetenzen

	Urnenabstimmung	Gemeindeversammlung	Gemeinderat
<p>1. Neue im Voranschlag enthaltene Ausgaben (nicht gebunden):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einmalig • Jährlich wiederkehrend 	<p>über 2'000'000</p> <p>über 200'000</p>	<p>über 100'000</p> <p>über 50'000</p>	<p>bis 100'000</p> <p>bis 50'000</p>
<p>2. Zusatzkredite und neue im Voranschlag nicht enthaltene Ausgaben (nicht gebunden):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einmalig max. pro Jahr • Jährlich wiederkehrend max. pro Jahr 	<p>über 1'000'000</p> <p>über 200'000</p>	<p>über 100'000</p> <p>über 50'000</p>	<p>bis 100'000 max. 200'000</p> <p>bis 50'000 max. 100'000</p>
<p>3. Weitere Finanzkompetenzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verfügungen über Grundeigentum und dingliche Rechte im Bereich des Finanzvermögens: <ul style="list-style-type: none"> - Kauf - Verkauf, Tausch, Baurecht • Finanzielle Beteiligungen und Darlehen • Langfristige Verbindlichkeiten • Eventualverpflichtungen 		<p>über 100'000</p> <p>über 100'000</p> <p>über 50'000</p> <p>über 1'000'000</p> <p>über 50'000</p>	<p>bis 100'000</p> <p>bis 100'000</p> <p>bis 50'000</p> <p>bis 1'000'000</p> <p>bis 50'000</p>